

Bekräftigung des Kräfteverhältnisses in Europa, das sich im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und in der Nachkriegsentwicklung herausgebildet hat.

Die Konferenz selbst wäre ein großer Zieg für die sozialistischen Länder. Die Gesamteuropäische Konferenz ist keine einmalige Aktion, sondern ein ganzer Prozeß. Es wäre ein großer Schritt vorwärts zur Verwirklichung des Gesamtprogramms der sozialistischen Länder, zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit und auch zur Unantastbarkeit der in Europa bestehenden Grenzen. Von dieser Position aus könnten die sozialistischen Länder weitere Schritte zur Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele gehen.

Stefan J e f r y c h o w e k i :

Ich möchte mich den Worten des Genossen Gromyko anschließen. Das betrifft unseren Dank an die ts. Regierung für die Einladung und an den Genossen Marko.

Unsere Beratung ist sehr wichtig. Wir wollen die strategischen und taktischen Thesen sowie die Generallinie unserer Länder ausarbeiten, wie sie auf der Budapest-Tagung ausgearbeitet wurden. Fragen, die dann erweitert wurden, sollen hier noch einmal ausgearbeitet werden.

Die wichtigste Frage ist die der Sicherheit und der Zusammenarbeit in Europa. Die Entwicklung der Ereignisse, die uns von

diesen Beratungen trennen, haben unserer Meinung nach bewiesen, wie richtig unsere Auffassung war und daß unsere Aufgaben auch richtig gestellt wurden. Unsere Plattform im Kampf um die kollektive Sicherheit in Europa geht vom Prinzip der friedlichen Koexistenz aller Staaten aus und setzt nicht eine Konvergenz der beiden gesellschaftlichen und ökonomischen Systeme voraus oder die Einstellung des Wettbewerbs und der ideologischen Konfrontation zwischen ihnen, sondern sie ist darauf gerichtet, Bedingungen zu schaffen, die verhindern sollen, daß es zu einem bewaffneten Konflikt zwischen den europäischen Staaten kommt. Ein bewaffneter Konflikt zwischen Sozialismus und Imperialismus in Europa würde die Gefahr des Hinüberwachsens aus einem lokalen Konflikt in einen Atomkrieg von Weltmaßstab bedeuten. Deshalb kommt der Schaffung eines effektiven Systems der kollektiven Sicherheit auf unserem Kontinent, für die europäischen Nationen, aber auch für den Frieden in der ganzen Welt erstrangige Bedeutung zu.

Besonders wichtig ist hier auch die Tatsache, daß die Initiative zur Schaffung eines solchen Systems den sozialistischen Ländern zukommt. Es wurde eine konstruktive Plattform für die Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ausgearbeitet, eine sozialistische Konzeption der friedlichen Koexistenz von europäischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und der Ablösung der Militärblöcke durch ein System der kollektiven Sicherheit als Alternative zur atlantischen Konzeption, die das ständige Wettrüsten, die dauerhafte Teilung unseres Kontinents unter der Losung der Integration Westeuropas voraussetzt, die

der westdeutsche Imperialismus auszunutzen benützt ist. Die imperialistischen Konzeptionen des vereinigten Europa, die gegen die sozialistischen Länder gerichtet sind, will vor allem der westdeutsche Imperialismus dazu ausnutzen, um seine politische, militärische und ökonomische Herrschaft durchzusetzen. Die Widersprüche in Westeuropa werden dadurch noch weiter vertieft, was wir für unsere politischen Aktionen ausnutzen müssen. Das gilt auch für das Gebiet der ökonomischen Beziehungen.

Die konstruktive und friedliebende Politik unserer Länder, die reale Plattform der Gewährleistung der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit, hat die politischen Tendenzen auch in Westeuropa positiv beeinflusst. Das sehen wir z.B. an der Reaktion der westeuropäischen Länder auf den Budapest-Appell und auf den darin enthaltenen Vorschlag über die Einberufung einer europäischen Konferenz über die Sicherheit in Europa. Wir hielten diese Beratung vor allem für ein Mittel zur Realisierung der Voraussetzungen der europäischen Sicherheit. Der Vorschlag für die Beratung traf auf breitestes Verständnis der politischen Kreise und der Öffentlichkeit Europas und auch auf eine differenzierte, aber im ganzen positive Reaktion der Mehrheit der westeuropäischen Regierungen. Der Budapest-Appell der Staaten des Warschauer Vertrages vom 17. März d.J. wurde zum Ausgangspunkt der Neueröffnung des Dialogs zwischen Ost und West über europäische Themen, zur Entfaltung der Diskussionen über die Lösung gesamt-europäischer Aufgaben in der für die sozialistischen Länder wünschenswerten Richtung. Er schuf günstige Bedingungen für weitere diplomatische Aktionen der sozialistischen Länder für die europäische Sicherheit.

Dem Budapestener Vorschlag zum Zusammentritt einer solchen Beratung konnte schwer widersprochen werden, auch nicht von den westlichen Staaten, die ihn hintertreiben möchten. Dieser Vorschlag war entsprechend dem Vorschlag seiner Unterzeichner das Thema, auf das man die politische Aktivität unserer Länder konzentrieren konnte. Er wurde Gegenstand sehr sachlicher Konsultationen zwischen den einzelnen Staaten. Der mit der Ministerkonferenz verbundenen Ideen und Fragen entstandene Dialog hat eine Plattform geschaffen, die offensive Aktionen der sozialistischen Länder bezüglich der Hauptvoraussetzungen der europäischen Sicherheit möglich macht.

Ein weiterer Schritt in dieser Richtung war das bekannte Memorandum der Regierung Finnlands vom 5. Mai d.J. über die Organisation der Beratung und ihre Durchführung in Helsinki. Auf Grund dieser Initiative wuchs das Interesse der Regierungen und der öffentlichen Meinung, und es kam zur Entfaltung des Meinungsaustausches. Heute kann man sagen, daß die Idee der europäischen Konferenz ein wichtiger Schritt der Länder des Warschauer Paktes war, der im Ergebnis der richtigen Einschätzung der auf unserem Kontinent vor sich gehenden Prozesse unternommen wurde.

In der Haltung einer Reihe westlicher Länder ist der Versuch zu erkennen, die Vorbereitung der Konferenz zu verlangsamen. Aufgabe unserer heutigen Beratung soll die Koordinierung der Taktik unserer Aktionen gegen die Tendenz der Verzögerung sein.

In der Haltung der meisten Staaten Westeuropas geht in den Fragen der europäischen Sicherheit und der Einberufung der Gesamteuropäischen Konferenz eine interessante Evolution vor sich, die davon zeugt, daß diese Länder immer mehr zu der Ansicht neigen, daß die Beratung

nutzbringend sein wird. Eine Reihe von westlichen Ländern, neutralen Ländern und Mitgliedstaaten der NATO unterstützt die Gedanken der Einberufung einer solchen Konferenz und ist auch an der Vorbereitungsarbeit beteiligt. Die Tendenz, die europäische Sicherheit zu festigen, ist stärker als die Kräfte der Aggression und des kalten Krieges. Deshalb kann man sagen, daß der Vorschlag der Staaten, die im Warschauer Pakt sind und diese europäische Beratung zur Frage der Sicherheit vorschlagen, eine große Chance hat, erfolgreich zu sein.

Auf der Tagesordnung haben wir die Entwürfe von zwei Dokumenten. Die Staaten des Warschauer Paktes wollen diese Dokumente der zukünftigen europäischen Konferenz gemeinsam vorlegen. Das erste bezieht sich darauf, daß die europäischen Länder sich verpflichten, auf die Gewaltausübung oder die Drohung der Gewaltausübung zu verzichten. Indem wir die für uns wichtige Voraussetzung in Betracht ziehen, daß auf der Konferenz die Fragen der europäischen Sicherheit in vollem Umfang und perspektivisch behandelt werden sollen, ~~dein~~ meinen wir, daß der Vorschlag, uns in der heutigen Etappe auf die Frage des Gewaltverzichts zu konzentrieren, richtig ist und der realen Einschätzung der Lage entspricht. Wir schätzen besonders hoch ein, daß dieses Dokument, das eine konsequente Fortsetzung unserer vorangegangenen Erklärungen in dieser Frage ist, die Frage des Gewaltverzichts in engem Zusammenhang und ausgehend von der vollen Anerkennung des Prinzips stellt, daß alle Länder - ohne Ausnahme -, die dieses Dokument unterschreiben, die Verpflichtung übernehmen, die territoriale Integrität aller europäischen Staaten in ihren heutigen Grenzen anzuerkennen und unbedingt zu achten. Wir sind der Meinung, daß die Verpflichtung

der unzweideutigen Anerkennung des territorialen Status quo in Europa dieses Dokument prinzipielle Bedeutung und den notwendigen Inhalt gibt.

Der Schlüssel zur Erreichung eines Fortschritts in der gesamten europäischen Problematik der friedlichen Koexistenz ist ~~aber~~ die Frage des erfolgreichen Kampfes gegen die Tendenzen des Chauvinismus und Militarismus in der deutschen Bundesrepublik. Deshalb wäre die Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen und des Prinzips ihrer Unantastbarkeit der Eckpfeiler für Sicherheit und Frieden in Europa. Bevor nicht dieses kardinale Prinzip von allen in Europa anerkannt wird, wird der Friede in Europa nicht gesichert sein, wenn auch die Vorspiegelung einer Sicherheit entstehen könnte.

Die Geschichte Vorderasieneuropas hat uns vor allem am Beispiel der Locarno-Verträge gelehrt, daß das Offenlassen von Möglichkeiten für territoriale Ansprüche, der Forderung nach Revision der Grenzen im Osten unter gleichzeitiger Anerkennung der Grenzen im Westen, im Endergebnis nur zu einer Bedrohung des Friedens führt. Wenn in Europa ein Staat besteht, der territoriale Ansprüche stellt und die bestehenden Grenzen nicht anerkennt, verneint er damit von vornherein die eigenen Erklärungen über den Gewaltverzicht und betrachtet diese als nur provisorisch. Der Wert des vorbereiteten Entwurfs eines Dokuments über den Gewaltverzicht hängt voll und ganz von unserer einmütigen Verteidigung des gesamten Textes des Vorschlages ab. In diesem Sinne fassen wir das Dokument auf und verstehen es. Die im Dokument enthaltenen Formulierungen sind das Minimum dessen, wozu wir übereinstimmen können, wenn wir an alle Hauptvoraussetzungen der europäischen Sicherheit denken, die mehrfach von den Staaten des

Warschauer Vertrages aufgestellt wurden.

Wir unterstützen auch den Entwurf des zweiten Dokuments, das eine Vereinbarung über die Erweiterung gleichberechtigter Beziehungen auf dem Gebiet des Handels, der Ökonomie, der Wissenschaft und Technik zur Entwicklung der politischen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten darstellt. Dieses Dokument ist aufgebaut als Umriss einer allgemeinen vorläufigen Vereinbarung. In der von uns bisher durchgeführten diplomatischen und politisch-propagandistischen Tätigkeit haben wir unterstrichen, daß das Hauptziel einer Gesamteuropäischen Konferenz die Beratung und Vorbereitung eines Vertrages über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sein muß. Ein solcher Vertrag, dessen Prinzipien wir im Verlaufe des Treffens der stellv. Außenminister unserer Staaten in Moskau dargelegt haben, wäre unserer Überzeugung nach eine Art Gesamtprogramm des Kampfes für ein System der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, angepaßt den Forderungen der gegebenen Situation in diesem Teil der Welt. Ein solches Programm wäre gleichzeitig eine reale Plattform gegenläufig für Gegenaktionen sowohl gegen manche marxialistischen und daher schwer realisierbaren Konzeptionen wie auch gegen Tendenzen der Minimalisierung der Rolle und der Aufgaben des ~~von den Teilnehmern unserer Beratung früher vorgeschlagenen Entwurfs der Grundprinzipien einer Gesamteuropäischen Konferenz, ihrer Reduzierung auf Fragen der Entwicklung des Tourismus, des Kulturaustausches usw.~~ Ohne auf Details des von den Teilnehmern unserer Beratung früher vorgeschlagenen Entwurfs der Grundprinzipien eines Vertrages über kollektive Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einzugehen,

wollen wir unterstreichen, daß darin ein Komplex von juristischen und politischen Mitteln vorgesehen wird, wie der Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt, die Verpflichtung der Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität und Unabhängigkeit der europäischen Staaten, die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa, die Verpflichtung der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten und die Lösung der entstehenden Zwistigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln. Die Prinzipien des Vertrages sehen die Auflösung der in Europa bestehenden politisch-militärischen Gruppierungen nicht vor. Die Übernahme dieser Verpflichtungen könnte der Ausgangspunkt zur Schaffung eines vollständigen Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und der Liquidierung der militärisch-politischen Gruppierungen in fernerer Zukunft sein.

Der Entwurf enthält auch Verpflichtungen zur Verwirklichung von Teilschritten regionalen Charakters auf dem Gebiet der Abrüstung in Europa. Es ist verständlich, daß sich der Vorschlag nicht mit Details befaßt, sondern nur die Hauptrichtung der Aktionen bestimmt, die man nach dem Inkrafttreten des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen unternehmen mußte.

Unter Berücksichtigung einer Reihe wichtiger aktueller Elemente kann man jetzt mit einem relativ raschen Inkrafttreten des Nichtweiterverbreitungsvertrages rechnen. Diese bedeutsame Tatsache wird eine neue Situation schaffen, die uns vor neue Aufgaben stellt. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, wo wachsende Befürchtungen bei den meisten Staaten Westeuropas vor den ökonomischen, militärischen und politischen Folgen der weiteren Aufrüstung und der weiteren Vergrößerung des militärischen

Potentials der NATO zu verzeichnen sind. Immer klarer zeichnet sich dort die Tendenz zur Prüfung der Möglichkeiten der Beschränkung der konventionellen Waffen auf dem Territorium Europas ab. Ausdruck dessen ist wahrscheinlich vor allem die Erklärung über die gegenseitige abgewogene Truppenreduzierung, die vom NATO-Pakt am 25. Juni 1968 in Reykjavik angenommen wurde.

Zur Zeit müssen wir ernsthaft die Möglichkeit erwägen, daß der Westen mit irgendeiner neuen Initiative auf diesem Gebiet kommt. In einer solchen Situation halten wir es für notwendig, daß die sozialistischen Länder die Initiative in der Hand behalten. Wir sehen nicht nur reale Möglichkeiten, sondern auch Notwendigkeiten, die Initiative zu entwickeln, die eine konsequente Fortsetzung unserer bisherigen Bemühungen auf dem Gebiet der Teilschritte zur nuklearen Abrüstung, aber auch der Bestimmungen des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung wäre. Dies könnte zu weiteren Schritten auf dem Wege zur Abrüstung und der Festigung der europäischen Sicherheit führen.

Auf Grund der Erfahrungen, die im Verlaufe der Diskussionen über die früheren polnischen Initiativen zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und einer Zone des Einfrierens gesammelt wurden, berücksichtigen wir auch, daß der Nichtweiterverbreitungsvertrag nur einen Teil unserer bekannten Vorschläge umfaßt. Als weitere Schritte nach Inkrafttreten dieses Vertrages müßte man unserer Meinung nach Schritte erwägen, die auf das Einfrieren des gegenwärtigen Standes der Kernwaffen der Staaten, die Kernwaffen besitzen, auf dem Territorium der nicht-nuklearen europäischen Staaten gerichtet sind und in der folgenden

Stappe auf die vollkommene Beseitigung aller Kernwaffen aus einem bestimmten Gebiet oder aus allen europäischen nichtnuklearen Staaten. Der Vertrag würde auch die Verpflichtung enthalten, Anstrengungen zur Entwicklung einer allseitigen europäischen Zusammenarbeit besonders auf ökonomischem und wissenschaftlich-technischem Gebiet zu unternehmen. Wie auf dem Gebiet der Abrüstung, so liegt auch auf dem Gebiet der europäischen Zusammenarbeit der Vertragsentwurf nur die Grundprinzipien fest unter Berücksichtigung dessen, daß die Übernahme der konkreten Verpflichtungen durch den Abschluß gesonderter Abkommen erfolgen wird.

Im Entwurf der Deklaration über die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa, der während des Vorbereitungstreffens der stellv. Außenminister ausgearbeitet wurde, wird richtig festgestellt, daß die Entwicklung einer entsprechenden gesanteuropäischen Zusammenarbeit zu einer Minderung der Spannungen, zur Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten, zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa beitragen wird. Das heißt mit anderen Worten, die Normalisierung der politischen Beziehungen in Europa und die Sicherheit dieses Gebietes werden nur dann von Dauer sein, wenn die Lösung bestimmter politischer Probleme von einer entsprechenden Entwicklung der europäischen ökonomischen Zusammenarbeit begleitet wird. Die Entwicklung dieser Zusammenarbeit kann die Lösung einiger politischer Probleme in Europa erleichtern und beschleunigen.

In dieser Situation scheint es uns, daß die sozialistischen Länder, wenn sie jetzt den Entwurf eines Dokumentes über die Erweiterung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen vorlegen, auf der Gesamteuropäischen Konferenz ein konstruktives Programm der gesamteuropäischen ökonomischen Zusammenarbeit unterbreiten müssen. Ein solches Programm muß auch nicht die Methoden zur Lösung einzelner konkreter Probleme festlegen, denn es ist ~~schon~~^{schwer} vorstellbar, daß die Gesamteuropäische Konferenz in der Lage wäre, auf diesem Gebiet schon detaillierte Beschlüsse zu fassen. Das erfordert häufig technische Diskussionen auf der Ebene von Experten. Aber dieses Programm muß möglichst konkret die Richtungen für die künftige Tätigkeit der europäischen Staaten auf dem Gebiet der Entwicklung einer allseitigen ökonomischen Zusammenarbeit zwischen ihnen vorsehen. Wir können erwarten, daß die Unterbreitung eines konstruktiven Programms der ökonomischen Zusammenarbeit in Europa auf der Gesamteuropäischen Konferenz bei vielen kapitalistischen europäischen Ländern Interesse hervorrufen wird und daß für sie die Anziehungskraft der Konferenz in der Folge wachsen würde. Das wird durch den bis heute stattfindenden Dialog bestätigt, der im Zusammenhang mit dem Budapest-Appell mit verschiedenen kapitalistischen Ländern entstanden ist. Die Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern wäre ein politischer Schlag gegen die Konzeption der sogenannten Europäer wie z.B. Strauß, die Konzeption des ~~Ein-~~^{Ein-}sperrens ~~Westeuropas~~ Westeuropas in von den sozialistischen Ländern maximal isolierte Integrationsgruppierungen und der Ausnutzung des vereinten ökonomischen Potentials als Instrument für den ideologischen, politischen, ökonomischen Kampf gegen das sozialistische Lager.

Ein Element dieses Programms könnte, allgemein gesagt, die Schaffung einer europäischen Infrastruktur sein, z.B. der Bau von Gasleitungen, und Erdölleitungen zwischen Ost- und Westeuropa sowie die Durchführung großer Investvorhaben von gesamt-europäischer Bedeutung durch viele europäische Staaten. Eine wichtige Frage, die man in dieser Gruppe von Problemen hervorheben sollte, ist die schon lange in der ECE zur Beratung stehende Frage der Vereinigung der Energiesysteme und der Wasserwege der einzelnen europäischen Länder.

Das zweite Element des zu behandelnden Programms könnten z.B. einige Vorschläge zum Handelsaustausch, insbesondere zur Liquidierung der Diskriminierungspraxis, die Abschaffung verschiedener Zollbarrieren und anderer Hindernisse zwischen den europäischen Staaten sein. Eine wichtige Frage ist die industrielle Kooperation. Man kann z.B. eine gegenseitige Zollbefreiung oder bedeutende Zollvergünstigungen für Lieferungen im Rahmen langfristiger Kooperationsvereinbarungen vorschlagen.

Ein drittes Problem bilden die Fragen, die mit der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zusammenhängen. Es scheint hier nicht nur die Notwendigkeit zu bestehen, bestimmte Lösungen zu finden, sondern auch die Möglichkeit, eine Vereinbarung zu erzielen, denn alle Länder sind in gewisser Weise an der Entwicklung dieser Zusammenarbeit interessiert. Man muß auch Fragen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der technischen Normen, der Patente und Lizenzen besprechen.

Es ist verständlich, daß das, was ich über die ökonomische Zusammenarbeit angeführt habe, einen allgemeinen Charakter trägt und noch weiter ausgearbeitet und konkretisiert werden muß unter Beteiligung der Wirtschaftsfunktionäre unserer Länder.

Außer den Entwürfen der Dokumente und der Thematik der Konferenz müssen noch andere praktische Probleme besprochen werden, z.B. die Frage der Beteiligung an der Konferenz. An die erste Stelle stellen wir als Hauptfrage die gleichberechtigte und vollberechtigte Beteiligung der DDR an dieser Konferenz. Die Teilnahme der DDR an der Konferenz nach diesen Prinzipien würde die faktische Anerkennung der DDR bedeuten und auch die Anerkennung ihrer Rolle in der europäischen Politik. Das wäre bestimmt ein großer Erfolg der Politik der sozialistischen Länder in ihrem Kampf um die volle Anerkennung des politischen und territorialen Status quo in Europa.

Was die Teilnahme der USA und Kanadas an dieser Konferenz betrifft, so würden wir vorschlagen, daß wir möglichst schnell allen Spekulationen und Diskussionen über dieses Thema ein Ende setzen und erklären, daß die sozialistischen Länder nicht gegen die Teilnahme der genannten Staaten sind, wenn die westeuropäischen Länder einen solchen Wunsch aussprechen und vorausgesetzt, daß diese nichteuropäischen Staaten bereit sind, einen konstruktiven Beitrag zur Konferenz und zur Sache des Friedens und der Sicherheit zu leisten.

Was den weiteren Verlauf der Vorbereitung der Gesamt europäischen Konferenz anbelangt, so stimmen wir mit der Meinung überein, daß die Abschlußerkklärungen dieser Beratung sowie die bestätigten Entwürfe der beiden hier bearbeiteten Dokumente der einzelnen Regierungen Westeuropas von den es. Genossen auf diplomatischem Wege übergeben werden. Das heißt, daß sie von den Regierungen Westeuropas noch vor der nächsten NATO-Matsitzung studiert werden könnten, wobei die Initiative in den Händen der sozialistischen Länder bleiben muß. Wir sind auch der Meinung, daß man damit den Regierungen, die in der NATO zu der Konferenz eine positive Haltung einnehmen, für die Diskussion auf dieser Tagung eine entsprechende Argumentation geben kann.

Wir teilen auch die Meinung, die im Abschlußkommuniqué zum Ausdruck kommt, daß es für die weitere Vorbereitung wünschenswert ist, die bilateralen und multilateralen Konsultationen fortzusetzen, und daß man auf die Konzeption eines Vorbereitungstreffens verzichten kann. Aber man muß daran erinnern, daß der Bundesminister Appoll schon einen solchen Vorschlag unsererseits enthält und daß ihn auch die Regierung Finnlands im Memorandum vom 5. Mai unterstützt hat. Wir müssen folglich in Betracht ziehen, daß die Staaten Westeuropas den Vorschlag über ein vorbereitendes Treffen vorbringen können. Die Ergebnisse der bevorstehenden Tagung der NATO können es vielleicht notwendig machen, daß sich die Vertreter der Länder des Warschauer Paktes noch einmal treffen, um eine koordinierte Linie des Vorgehens unserer Länder gegenüber den NATO-Staaten auszuarbeiten; denn eine enge Konsultation unserer Länder und eine Absprache zu den taktischen Fragen haben prinzipielle Bedeutung für die Wirksamkeit unserer Aktion. Uns erwartet

eine Periode intensiver Arbeit zur Vorbereitung und zur Gewährleistung des Erfolgs der künftigen Gesamteuropäischen Konferenz. Es ist die Aufgabe eines jeden sozialistischen Staates, in diesem Zeitraum seine Möglichkeiten bei bilateralen Kontakten maximal zu nutzen, um alle Voraussetzungen der europäischen Sicherheit zu behandeln und unsere Positionen auf jedem wichtigen Abschnitt zu festigen. So verstehen wir unsere Initiative in der Frage der endgültigen und bedingungslosen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik Deutschland.

Eine wichtige Rolle spielen dabei und diesem Ziel dienen auch die Schritte, die die Deutsche Demokratische Republik zur entsprechenden Fortlegung der Beziehungen zwischen den zwei deutschen Staaten unternommen hat. Diesen Zielen dienen auch die Verhandlungen, die die Sowjetunion mit den USA, Großbritannien und Frankreich über die Westberlinfrage begonnen hat. Große Bedeutung hat die diplomatisch-politische Aktivität seitens unserer Länder, deren Ziel der Beitritt Westdeutschlands zum Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen ist.

Wir sind der Meinung, daß die prinzipienfeste Politik unserer Länder gegenüber der BRD nicht ohne gewisse Ergebnisse bleibt. Sie hat den Beginn eines Prozesses des Abgehens der BRD von ihren harten Positionen, die der Entspannung und der Suche nach einem realistischeren Herangehen an viele Grundprobleme der europäischen Sicherheit entgegenstehen, gefördert. Die Position des neuen Kanzlers der BRD, Brandt, in seinen Reden und seiner Regierungserklärung im Bundestag zu unserem Vorschlag vom 17. Mai d.J., zum Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kern-

waffen, zur Frage einer europäischen Konferenz über die Frage der Sicherheit, in der Frage des Austausches von Gewaltverzichtserklärungen mit den sozialistischen Ländern unter Berücksichtigung der Achtung der territorialen Integrität kann man als einen ^{gewissen} ~~großen~~ Schritt nach vorn einschätzen im Vergleich zur politischen Linie aller früheren Regierungen Westdeutschlands. Die Frage der definitiven Einschätzung entscheiden die Aktionen und die Praxis der neuen Regierung. Unsere Sache ist es, diplomatisch-propagandistisch in dem Sinne einzuwirken, daß wir die westdeutsche Regierung zwingen, den bestehenden politischen und territorialen Status quo in Europa anzuerkennen. Wir sind der Ansicht, daß in dieser Etappe unserer Tätigkeit bilateral und multilateral alle Möglichkeiten für die Realisierung der Hauptvoraussetzungen für die Sicherheit in Europa genutzt werden müssen; denn solche Bemühungen fördern den künftigen Erfolg der Gesamt europäischen Konferenz und eröffnen die Perspektiven für neue Erfolge bei der Schaffung eines dauerhaften und effektiven Systems der Sicherheit und Zusammenarbeit auf unserem Kontinent.

Wesentlichen Einfluß auf Aktionen, die mit der europäischen Konferenz zusammenhängen, wird der Verlauf der unmittelbaren Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA haben, die im November in Helsinki beginnen sollen, obwohl sie keinen unmittelbaren Bezug zur Konferenz haben.

Unsere Beratung ist eine wichtige Etappe des Zusammenwirkens
der sozialistischen Bruderländer. Ihr Ergebnis ^{werden} ~~ist~~ neue effek-
tive Schritte sein, die auf die baldige Einberufung einer Konfe-
renz und in deren Ergebnis die Erreichung einer grundlegenden
Veränderung auf dem Wege zur Verwirklichung der Voraussetzungen
der europäischen Sicherheit auf der Grundlage der Anerkennung
der politischen territorialen Situation in Europa gerichtet sind.
Hauptvoraussetzung des Erfolges auf diesem Wege bleibt immer
die Aktionsseinheit unserer Länder, die sich in unseren Verhand-
lungen zeigt.